

29.11.2013

Niederschrift

Schulausschuss

am 17.09.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Christine Hupe

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Heinz Steffen

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Lars Hübchen

Herr Michael Strobel

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Herr Peter Dörner

Herr Jörg-Uwe Ebner

Frau Martina Plath

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Barbara Streich

Sachkundige Bürger/innen FDP

Frau Astrid Partmann

Herr Julius Will

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE.

Herr Karl-Heinz Schimpf

Kreistagmitglieder FWG

Herr Dieter Albert

Sachkundige Bürger/innen GFL

Herr Kunibert Kampmann

Beratendes ordentliches Mitglied

Frau Angelika Burkholz

Herr Helmut Gravert

Frau Kornelia Henning-Puls

Herr Peter Kötter

Herr Bernd Marreck

Herr Pfarrer Andreas Müller

anwesend ab 17.00 Uhr

Frau Bettina Vorberg

Frau Jutta Zierow

Verwaltung

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Walter Marsiske, Fachbereichsleiter

Frau Ingelore Klemp, Schriftführerin

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Schulische Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen (GO-IN-Schulen)
- Berichterstatteerin Frau Raupach, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums - |
| Punkt 3 | 114/13 | Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik" nach Anlage C 9 der APO-BK
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses - |
| Punkt 4 | 135/13 | Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna |
| Punkt 5 | 129/13 | Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf in NRW |
| Punkt 6 | 128/13 | Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna |

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Schulische Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen (GO-IN-Schulen)
- Berichterstatterin Frau Raupach, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums -**

Erörterung

Frau Raupach berichtet anhand einer Präsentation über die schulische und sprachliche Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen im Kreis Unna. Die Präsentation ist dieser Niederschrift in Kurzfassung als Anlage beigefügt.

Anschließend beantwortet Frau Raupach verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder.

**Punkt 3 114/13 Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik" nach Anlage C 9 der APO-BK
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -**

Erörterung

Herr Gravert erläutert kurz die Überlegungen, die zur Errichtung eines neuen Bildungsganges "Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik" nach Anlage C 9 der APO-BK, geführt hätten sowie die damit verfolgten Ziele und schildert kurz die sich dabei ergebende Problematik.

Abschließend bedankt sich Herr Gravert bei der Verwaltung und der Politik. Als Ausblick für die Zukunft, so Herr Gravert, werde man, wie mit den Beteiligten hier vor Ort (Fachbereich Schulen und Bildung sowie den beiden Berufskollegs) besprochen, an diesem Ansatz/dieser Idee weiter arbeiten.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:
Folgender gemäß § 50 Abs. 3 S. 2 der Kreisordnung NRW im Wege äußerster Dringlichkeit am 06.08.2013 von Herrn Landrat Michael Makiolla und dem Kreisausschussmitglied Wilhelm Jasperneite gefasster Beschluss wird genehmigt:

Zum Schuljahr 2013/14 wird der Bildungsgang „Fachoberschule Klasse 11 und 12, berufliche Kenntnisse und Fachhochschulreife, Fachrichtung Technik, fachlicher Schwerpunkt Elektrotechnik“ am Freiherr-vom-Stein Berufskolleg des Kreises Unna in Werne errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 135/13 Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna

Erörterung

Herr Dr. Timpe führt aus, dass er den aus seiner Sicht guten Bericht nicht weiter kommentieren wolle. Er denke, dass darin wunschgemäß Fakten, insbesondere auch Kosten und zeitliche Abwicklungen mit einem besonderen Fokus auf die durch das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglichte zusätzliche Schulsozialarbeit im Kreis Unna zusammengetragen worden seien. Er glaube auch, dass man auf der Grundlage des Berichtes einen ordentlichen und guten Überblick über die Breite und Wertschätzung der Arbeit bekomme, was insbesondere die Schulen im Kreis und die übrigen Beteiligten angehe. Insbesondere empfehle er auch der Aufmerksamkeit die Passagen, in denen bezüglich der allgemeinen Sozialarbeit bei der Familien- und Jugendhilfe gefragt werde, wie sich die Kontakte über die relativ kurze Strecke entwickelt hätten und wie man auch für die jeweilige Tagesarbeit meine, davon zu profitieren. Vorsichtig formuliert, sei aus Sicht der Verwaltung nicht damit zu rechnen, dass Mitte 2014 eine Neuauflage bzw. Verlängerung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes erfolgen werde. Man habe einen entsprechenden Halbsatz zu der Erwartungshaltung seitens der Verwaltung in die Sitzungsdrucksache eingebracht, ob möglicherweise die dann ausfallenden Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wohl vom Land übernommen oder kompensiert würden. Auch das sehe man nicht. Insofern wären, was die Perspektive angehe, aus Verwaltungssicht zum Einen stärkere Aktivitäten und eine stärkere Unterstützung der Schulen mehr als wünschenswert und naheliegend, zum Anderen würde man auch nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre aus Sicht der Schulverwaltung und auch der Schulen erweiterte Handlungsmöglichkeiten auf den Bereich „Übergang Schule und Beruf“ fokussieren wollen. Was den Kreis zum jetzigen Zeitpunkt hemme, und auch das sei jedem klar, der aufmerksam die Diskussion der letzten 14 Tage mit den Städten und Gemeinden über die Höhe der Kreisumlage verfolgt oder geführt habe, sei aus seiner Sicht ausschließlich die miserable, finanzielle Situation des Kreises Unna und der Städte und Gemeinden des Kreises. Er glaube aber, dass es sich durchaus lohne, die Kosten (erhöhter Aufwand kreisseitig eine Stelle) in Höhe von 60.000 Euro pro Stelle und Jahr mal in Relation zu dem möglichen finanziellen Nutzen zu setzen. Er rede nicht von dem Nutzen, der darin liege, dass mehr junge Menschen als derzeit einen ordentlichen Einstieg in die Berufswelt bekämen und damit die Möglichkeit hätten, auch finanziell auf eigenen Beinen zu stehen, sondern er meine tatsächlich den unmittelbaren Nutzen für die Kreiskasse, und zwar nicht für das Budget 40, in dem der Aufwand darzustellen wäre, sondern für das Budget 50, aus dem Lasten/Kosten für nicht gelungene Einstiege und Übergänge zu finanzieren seien. Das Alles solle hier und heute nicht Gegenstand der Diskussion sein. Er wolle es nur nicht versäumt haben, deutlich zu machen, in welche Richtung die Schulverwaltung dort diskutieren werde.

Als letzten Punkt, der ihm wichtig sei, führt Herr Dr. Timpe an, dass man als Kreis gut beraten solle. Ohne eine überzeugende Diskussion werde man an dieser Stelle keinen Millimeter weiter kommen. Das Thema werde mit den Städten und Gemeinden (Bürgermeisterkonferenz) zu erörtern sein. Mit den Schuldezernenten sei es, bis auf das Thema Finanzierung, bereits besprochen. Aber man werde es auch in der Sache, vernünftigerweise nur synchron mit den Städten und Gemeinden, bewegen, weil die Allgemeinbildenden

Schulen, sozusagen die abgebenden Schulen, in städtischer und gemeindlicher Trägerschaft seien. Da gehe es schon darum, aus dem System heraus zu handeln. Für ihn sei es nicht die Frage, ob das wünschenswert und nützlich sei. Man habe gute Erfahrungen gemacht und verfüge über engagierte Leute, die noch bei der Arbeit seien weit bis in das Jahr 2014. Aber es gehe um eine tragfähige Anschlusslösung. Insofern sei noch Zeit gegeben, dieses mit den Kollegen aus den Städten und Gemeinden zu besprechen und durch die gemeinsame finanzielle Brille zu betrachten. Soweit die Perspektive, was aus Verwaltungssicht die Arbeit „der nächsten Wochen und Monate“ sein werde. Er hoffe auf Unterstützung der Fachpolitik aus dieser Runde, so Herr Dr. Timpe.

Frau Lindstedt bedankt sich seitens der SPD-Fraktion für die ausführliche Darstellung. Man müsse sicherlich in den nächsten Monaten überlegen, welche Handlungsoptionen man daraus entwickeln könne.

Herr Ebner erklärt seitens der CDU-Fraktion, dass seine Fraktion immer signalisiert habe, dass sie die Aufgabe natürlich klar erkenne und die Arbeit auch schätze. Auf der anderen Seite fehle ihm aber ein Hinweis auf ein Gespräch mit dem Land. Für ihn stelle sich die Frage, ob es eine Möglichkeit gebe, beim Land zum Thema Finanzierung und Personalausstattung nochmals nachzuhaken. Denn eigentlich sei es Aufgabe des Landes. Inwieweit es organisatorisch nicht doch hier vor Ort am besten aufgehoben sei, daran gebe es keinen Zweifel. Die Frage sei nur, ob die Ausstattung und Finanzierung dieser Aufgabe bei den Städten und Gemeinden liege oder ob das Land da gefordert sei und er frage weiter, ob es da einen entsprechenden Gesprächsansatz gäbe oder ob man dort keine Chance sehe.

Herr Dr. Timpe beantwortet die Frage und erklärt, dass die Diskussion mit dem Land über die kommunalen Spitzenverbände seit mehr als 20 Jahren geführt werde mit dem bekannten Ergebnis, womit er aber nicht sagen wolle, dass das Land nichts tue. An den Schulen gebe es durchaus die Möglichkeit, die hier voll ausgeschöpft werde, Lehrerstellen in Sozialarbeiterstellen umzuwandeln. So sei hier die Basis organisiert. Er habe gesagt, dass er auf Bundesebene irgendeine Anschlusslösung nicht sehe. Die sehe er auf Landesebene auch nicht. Jetzt könne man sagen, das sei Spekulation. Das Thema beschäftige selbstverständlich die kommunalen Spitzenverbände, nicht nur uns. In der letzten Woche sei dieses Thema auch im Schulausschuss des Landkreistages diskutiert worden. Da bestehe keine Bereitschaft, ernsthaft darüber zu reden, was ab Mitte 2014 passiere. Die Konsequenzen, die die Kreise daraus ziehen würden, seien sehr unterschiedlich. Es gebe Kreise, die abundant seien, und das seien gar nicht so wenige in Nordrhein-Westfalen, die sich auf der besagten Sitzung dahingehend geäußert hätten, das jetzt selbst weiter zu führen. Er habe versucht, realistisch die Erwartungen des Kreises darzulegen.

Herr Will dankt seitens der FDP-Fraktion ebenfalls der Verwaltung für die ausführliche Darstellung der Schulsozialarbeit in den Schulen und seine Fraktion habe bereits signalisiert, dass man durchaus offen sei für den ein oder anderen kreativen Ansatz, vorbehaltlich der misslichen finanziellen Lage des Kreises, vielleicht die Schulsozialarbeit an den Schulen für den Kreis Unna zunächst auch weiterzuführen.

Herr Bangert führt seitens der GRÜNEN-Fraktion aus, dass seine Fraktion sich durch den Bericht sehr gut informiert sehe bis auf die darin enthaltenen Tabellen, die schlecht zu erkennen seien. Er regt an, diese für die Behandlung in den nächsten Fachausschüssen zu vergrößern. Für ihn würden die Tabellen einiges aussagen und er habe erkannt, dass dort noch viel zu tun sei. Er glaube, dass solche Unterschiede der Vernetzung wie in Lünen – Selm – Werne auf Dauer nicht funktionieren könnten. Insgesamt sehe seine Fraktion das positiv, dass der Schritt gemacht werde und hoffe, dass das Ganze auch langfristig gelinge.

Der Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna gemäß der DS 135/13 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 129/13 Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf in NRW

Erörterung

Herr Dr. Timpe erläutert kurz den Inhalt der Drucksache und führt ergänzend zu den dargestellten Tabellen aus, dass man nach eigener Einschätzung, was die Koordinatorenrolle des Kreises angehe, in 2013 einen guten Anfang hinbekommen habe zum Einen mit den maßgeblichen Akteuren, nicht nur aufgrund der geschlossenen Kooperationsvereinbarung mit der Arbeitsagentur, sondern auch wegen der Arbeitsatmosphäre dort. Es fänden regelmäßige Treffen statt. Insofern seien die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und die Strukturen, die dazu benötigt würden, vorhanden bzw. verabredet. Zum Anderen habe man im ersten Anlauf einen vernünftigen Kontakt zu den 57 Schulen, um die es im Kreis gehe, hergestellt. Es seien in dem Bericht eine ganze Reihe von Aktivitäten aufgeführt (z.B. Schulleiterdienstbesprechungen, Befragung und Erhebung der berufs- und studienorientierenden Aktivitäten an diesen Schulen). Weiterhin habe man Kontakte mit den StuBos gehabt. Er glaube, dass an der Stelle eine sehr ordentliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit, auch mit dem Kreis, bestehe, bezogen auf die Einführung der Standardelemente, auf die Neustrukturierung von Dingen, die zum Teil passierten, sowie auf das Organisieren von Unterstützungsangeboten zur Berufsorientierung, die den Schulen zur Verfügung stünden. Herr Dr. Timpe weist an dieser Stelle darauf hin, dass der aktuelle Bericht über die Standardelemente hier zur Verfügung stehe und beim Verlassen der Sitzung mitgenommen werden könne. Des Weiteren führt Herr Dr. Timpe aus, dass das Problem darin bestehe, dass der Kreis möglicherweise, insbesondere bei den Schulen, Hoffnungen geweckt habe mit Blick auf das Schuljahr 2013/2014, die man nicht einhalten bzw. erfüllen könne. Man sei im Frühjahr davon ausgegangen, und das sei für ihn ein zentraler Punkt, dass für alle die Schulen, die sich beteiligen wollen, im Schuljahr 2013/2014 die flächendeckende Potentialanalyse möglich sein werde, und zwar nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell. An diesem Punkt seien derzeit erklärtermaßen offensichtlich die Finanzen des Landes im Jahr 2013 nicht ausreichend. Das sei nicht nur im Kreis ein Problem, sondern das bestehe gleichermaßen auch bei den 24 Kreisen und kreisfreien Städten der sogenannten zweiten Welle nach den Referenzkommunen und führe jetzt dazu, dass ab Oktober 2013 die interessierten Schulen aus dem ganzen Land nach Düsseldorf gemeldet würden. Dort werde dann entschieden, wie mit den knappen, zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen werde. Nach vorliegenden Informationen würden wahrscheinlich erst zu Beginn des zweiten Halbjahres 2014 mehr oder weniger viele Schulen in den Stand versetzt, teilzunehmen. Er habe es deshalb so ausführlich dargestellt, weil der Kreis jetzt in die Lage versetzt worden sei, zur Zeit nicht umsetzen zu können, was an Maßnahmen aus eigenen Mitteln und auch aus der Kooperationsvereinbarung mit dem Land heraus hätte durchgeführt werden können (Stichwort: Potentialanalyse). Erst zum zweiten Schulhalbjahr 2013/14 verfüge der Kreis über die Mittel und die Möglichkeiten. Weil letztlich bei den Schulen auch Erwartungen geweckt worden seien, die der Kreis nicht bedienen könne, konzentriere er sich nun darauf, für diese Situation um Verständnis zu werben. Natürlich habe der Kreis vor dem Hintergrund, dass dort „zur Zeit weniger zu tun sei“ als noch im Frühjahr, erwartet, die finanziellen Ressourcen bis hin zur Besetzung der neu eingerichteten Stelle, geschont. Diese Stelle, die über den Stellenplan 2013 erstmalig ausdrücklich für die Mitwirkung im Koordinationsgeschehen des neuen Überganges eingerichtet worden sei, wäre noch vakant und würde so lange vakant bleiben, bis dort mit etwas mehr Geschwindigkeit dann in der Fläche vorangerieben werden könne.

Der Bericht „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW gemäß der DS 129/13 sowie die ergänzenden Ausführungen von Herrn Dr. Timpe werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 128/13 Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna

Erörterung

Der Vorsitzende, Herr Wiggermann, erklärt einleitend, dass er glaube, dass man gerade in der Diskussion der letzten Jahre, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch aufgrund der bestehenden Probleme, dieses Thema sehr ernst nehmen sollte, um zu schauen, wo noch Verbesserungen vorgenommen und die Dinge noch viel nachhaltiger angelegt werden können. Insofern sehe er das Thema als eines an, das man ernsthaft diskutieren sollte. Mit dem Einverständnis der Ausschussmitglieder wird die DS 128/13 zur weiteren Beratung und Diskussion zur Kenntnis genommen.

Herr Bangert bemängelt seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Satz auf Seite 24 unten „...Zusätzlich sollen angepasste Maßnahmen entwickelt werden, um vulnerablere Gruppen wie Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus sozial prekären Verhältnissen besser fördern zu können.“ Die Sprache sei seiner Meinung nach nicht barrierefrei. Zum Anderen sei der Begriff „vulnerable“ falsch. Das sei nur ein kleines Beispiel. Er vertrete die Meinung, dass dieser Bericht an geeigneter Stelle noch einmal bezüglich der Semantik und Syntax durchgeschaut werden müsse. Inhaltlich und von der politischen Richtung her sei er sehr gut.

Herr Dr. Timpe macht nochmals deutlich, dass es ihnen zum jetzigen Zeitpunkt, und das mache der Beschlussvorschlag für den Kreistag auch deutlich, nicht so sehr um Formulierungen und die materielle Dimension von Zielen etc. gehe, sondern um den Prozess/das Verfahren, dass man auf der Grundlage einer Ausarbeitung unter der Überschrift „nachhaltige Kreisentwicklung“ das Gespräch mit Dritten (Bürgerinnen und Bürgern, verschiedene Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung) suche.

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Dr. Timpe stellt Frau Seeber als neue stellvertretende Leiterin des Fachbereiches 40 vor.

Weiterhin teilt Herr Dr. Timpe folgendes mit:

1. Stellvertretende Schulleitungen an den Förderschulen im Kreis Unna

Sowohl die stellvertretende Leiterin der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule, Frau Lutter, als auch die stellvertretende Leiterin der Sonnenschule, Frau Bürgelt, seien nicht mehr an den Schulen tätig. Bei der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule sei die Stelle zur Nachbesetzung ausgeschrieben, wobei die Situation an der Sonnenschule noch unklar sei. Wenn genauere Informationen vorlägen, würde der Ausschuss darüber informiert.

2. Abstimmung mit den Städten und Gemeinden zum Thema Inklusion

Es sei bereits darüber berichtet worden, dass man mit den in 2013 zur Verfügung gestellt bekommenen Mitteln für eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung aller Förderschulen, die der Kreis gemeinsam trage, Herrn Dr. Habbeck beauftragt habe. Wichtig sei ihm in dem Zusammenhang, dass ideell eine gemeinsame Beauftragung durch die Städte und Gemeinden und den Kreis erfolgt sei. Das habe man am 30. August einvernehmlich im Rahmen einer Schuldezernentenkonferenz abgestimmt. Ein entsprechender, schulpolitisch diskussionsfähiger Entwurf werde durch Herrn Dr. Habbeck etwa im März/April des kommenden Jahres vorgelegt.

3. Gemeinsames Lernen am Hansa Berufskolleg

In Fortsetzung der Berichterstattung in der letzten Schulausschusssitzung im Juni würde Herr Dr. Timpe mit Einverständnis des Vorsitzenden an diesem Punkt gerne das Wort an Frau Zierow weitergeben. Frau Zierow berichtet alsdann, dass das Hansa Berufskolleg in diesem Jahr in Anlehnung an das Berufsgrundschuljahr Schülerinnen und Schüler von Förderschulen aufgenommen habe sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis Unna mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Aus dem Kreis Unna seien es drei Jugendliche mit Down-Syndrom, die im gemeinsamen Unterricht in unterschiedlichen Schulen groß geworden seien und im Berufsgrundschuljahr am Hansa Berufskolleg formal beschult würden. Es handele sich um Schüler der Karl-Brauckmann-Schule. In dieser Klasse gebe es auch vier Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen und Sprache, die einen Abschluss gemacht hätten. Ebenfalls gingen in diese Klasse 12 Schüler mit Abschlüssen der Klasse 9 oder 10. Die jungen Leute hätten in Kooperation mit dem Märkischen Berufskolleg und Hellweg Berufskolleg jeweils einen Praxistag bekommen. Das beträfe jedoch ausschließlich die Kinder mit Down-Syndrom, d.h. die Schüler würden zum Hellweg Berufskolleg in eine Werkstatt im Bereich Gestaltung und am Donnerstag in eine Klasse des Berufsorientierungsjahres (Hauswirtschaft) am Märkischen Berufskolleg gehen. Das ganze Vorhaben diene der Berufsorientierung. Dankenswerterweise werde das Hansa Berufskolleg durch einen Kollegen aus der Karl-Brauckmann-Schule mit 12 Stunden unterstützt. Das Ganze sei getragen von Erfahrungen und Kooperationskonferenzen. Einmal wöchentlich fände eine Teamsitzung statt, um alles zu besprechen, auch die organisatorischen Fragen. Man hätte im vergangenen Jahr gute Erfahrungen mit dem „Runden Tisch“ gemacht, an dem die Eltern, Schulleitungen, Klassenlehrer und Schulsozialarbeiter beteiligt gewesen seien. Man glaube, in diesem Jahr der Klasse als Ganzes, den jungen Menschen, die dann zielgleich und zieldifferent unterrichtet würden, einen Kompetenzzuwachs vermitteln zu können. Das sei bislang gut angefallen; an der ein oder anderen Stelle knirsche es noch etwas im Hinblick auf die Organisation aufgrund der Vielzahl der Kooperationspartner. Es könne aber jetzt schon gesagt werden, dass die jungen Leute sich an der Schule wohlfühlen und die Eltern Zufriedenheit signalisieren würden.

Der Vorsitzende bedankt sich abschließend im Namen des Ausschusses bei Frau Zierow und allen anderen Beteiligten, dass sie sich der Sache so offensiv und engagiert annähmen.

Frau Lindstedt merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass man sich in einer der nächsten Schulausschusssitzungen nochmals über den aktuellen Stand informieren lassen könnte. Sie persönlich würde einmal interessieren, wie sich die jungen Leute in den einzelnen Berufsfeldern entwickelten, was sie tun könnten oder ob man irgendwelche Hilfestellungen leisten könne, an Unternehmen und Handwerksbetriebe heranzutreten, die ausbilden könnten oder welche Voraussetzungen Handwerksbetriebe haben müssten, um so etwas auch zu tun.

Frau Streich schließt sich seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Bitte von Frau Lindstedt an. Sie halte die Bemühungen von Frau Zierow für vorbildhaft.

Frau Zierow betont nochmals, dass es ohne die Unterstützung der beteiligten Schulen nicht gehe. Das Hansa Berufskolleg könnte das nicht alleine leisten. Von daher noch einmal ihr Dank an die Karl-Brauckmann-Schule und an die anderen Schulleiter der Berufskollegs.

4. Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung (KSF)

Der Schulversuch laufe nunmehr bis zum 31.07.2014 weiter für diejenigen, die es wollen.

Der Kreis wolle das fortsetzen. Insofern hoffe er, dass man dann auch einen Anschluss an das bekomme, was im Rahmen des Schulrechtsänderungsgesetzes unter der Überschrift inklusiver Umbau anstehe, so Herr Dr. Timpe.

Anlagen

Zu Punkt 2: Präsentation „Schulische und sprachliche Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen im Kreis Unna“

gez. Martin Wiggermann
Vorsitzender

gez. Ingelore Klemp
Schriftführerin